

amnesty international

Länderkurzbericht 2008

MEXIKO

Mexiko und die Menschenrechte bilden einen schwierigen und widersprüchlichen Themenkomplex. Anlässlich ihres Besuchs im Rahmen einer *High Level Mission* bemerkte Irene Khan, die Generalsekretärin von Amnesty International, im August 2007: „Mexiko hat eine zweigleisige Annäherung an das Thema Menschenrechte gewählt. Auf internationaler Ebene glänzt es, während es im eigenen Land bei der wirksamen Durchsetzung der Menschenrechte für alle Mexikaner scheitert.“

Mexiko hat fast alle internationalen Menschenrechtsabkommen unterzeichnet.

Während der Amtszeit unter Präsident Vicente Fox (2000-2006) wurde – zumindest zeitweise – eine Menschenrechtsbeauftragte der Regierung ernannt, und im ersten Jahr des Mitte 2006 neu geschaffenen UN-Menschenrechtsrates hatte Mexiko den Vorsitz inne. Das Außenministerium gibt über seine Generaldirektion für Menschenrechtsfragen fast täglich Bulletins zur Menschenrechtspolitik heraus, die über die mexikanischen Botschaften in aller Welt verbreitet werden. So kann der Staat international sein Image in Menschenrechtsfragen pflegen.

Nach innen veränderte sich hingegen wenig, und auch seit dem Amtsantritt von Präsident Felipe Calderón (Dez. 2006) ist die Menschenrechtslage nicht besser, teilweise sogar schlechter geworden. Die neue Regierung hat sich bisher nicht sehr prononciert zum Thema Menschenrechtsverletzungen geäußert. Fragen der öffentlichen Sicherheit stehen im Vordergrund. Das Militär wird zunehmend zur Lösung innenpolitischer Krisen eingesetzt, ohne dass Problembereiche wie z.B. Drogenanbau und -handel auch nur ansatzweise einer Lösung näher gebracht worden wären. Dabei werden dem Militär schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen. Erschreckend sind auch die zunehmende Kriminalisierung sozialer Bewegungen und die Repression gegen diese. In den meisten Fällen bleiben die Täter straffrei.

Wenn in Strafrechtsprozessen der Rechtsrahmen vor nationalen Gerichten durch alle Instanzen ausgeschöpft wurde, wenden sich Kläger vermehrt an die Interamerikanische Menschenrechtskommission. Dort liegen diese Fälle teilweise Jahre lang, bevor sie evtl. vor den Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof gebracht werden. Gleichzeitig erscheinen öffentliche Aufrufe des Verteidigungsministeriums, Betroffene sollten von Militärs begangene Menschenrechtsverletzungen anzeigen.

Ungeachtet solch vordergründiger PR-Maßnahmen und bei aller Kritik an den herrschenden Verhältnissen rät Amnesty International dennoch, nicht alles über einen Kamm zu scheren. Bei einzelnen Politikern in Schlüsselpositionen der Regierung und im Parlament seien Veränderungen in der Wahrnehmung der Menschenrechtsproblematik und dem Bemühen um ein Nationales Menschenrechtsprogramm zu erkennen. Mit diesen Vertretern müsse man zusammenarbeiten.

Justizreform

Anfang März 2008 wurde im Senat eine Staats- und Justizreform verabschiedet, die sowohl im Strafrecht als auch in der Strafprozessordnung eine Reihe von positiven Veränderungen bringen soll. Amnesty International hat diesen Reformprozess seit Jahren begleitet, bis zuletzt Kritik an den Reformentwürfen geltend gemacht und diese allen Parlamentariern zugeleitet. Im Wesentlichen ging es darum durchzusetzen, dass Mexikos internationale Verpflichtungen von allen Behörden respektiert werden und dass Eingriffe der Bundesbehörden in bundesstaatliche Jurisdiktionen möglich werden, wenn diese Menschenrechte verletzen. So sollen in Zukunft die Unschuldsvermutung gelten und alle von der Staatsanwaltschaft gesammelten Beweise effektiv geprüft werden. Es soll mündliche Verhandlungen geben (bisher wurde i.d.R. aufgrund der Aktenlage geurteilt, wobei Geständnisse häufig erpresst waren) und es sollen nur Aussagen als Beweise zugelassen werden, die vor einem Richter im Beisein eines Verteidigers gemacht wurden. Auch unangemeldete Hausdurchsuchungen durch Polizei- oder Militärangehörige sind in Zukunft nicht mehr erlaubt.

Unberücksichtigt blieb dagegen eine Forderung von AI, die Möglichkeit des sog. *arraigo* verfassungsmäßig nicht festzuschreiben. Diese Form vorbeugender Festnahme durch die Strafermittlungsbehörde (*Ministerio Público*) ist von internationalen Menschenrechtsorganisationen wie der Arbeitsgruppe für willkürliche Inhaftierungen und dem Antifolter-Komitee als willkürlich bezeichnet worden und sollte nach ihrer Auffassung abgeschafft werden. AI hatte argumentiert, dass die Tatsache, den *arraigo* auf Fälle des organisierten Verbrechens zu beschränken, weder an ihrer Natur etwas ändere noch daran, dass es sich dabei um eine schwerwiegende Menschenrechtsverletzung handele. Laut AI hat die Generalstaatsanwaltschaft zwischen 2005 und 2007 727 Personen vorbeugend in Haft genommen. Darüber hinaus sei es besorgniserregend, dass das *Ministerio Público* in den 32 Bundesstaaten diese Form der Inhaftierung weiterhin anwenden könne, solange der Reformprozess andauere.

Der Reformentwurf wurde zur Beschlussfassung an die Parlamente der Bundesstaaten weitergeleitet. Wenn mehr als die Hälfte von ihnen (also 16) dem Gesetzgebungsverfahren zustimmt, tritt die Justizreform mit einer achtjährigen Übergangsfrist in Kraft.

Drogenökonomie und öffentliche (Un)Sicherheit

Mit der Zerschlagung der großen kolumbianischen Drogenkartelle in den 1990er Jahren ist die Drogenökonomie in Mexiko zum Sicherheitsfaktor Nummer eins geworden. Heute ist Mexiko unter den Drogenkartellen so umkämpft, weil es der wichtigste Umschlagsplatz für Kokainlieferungen in die Vereinigten Staaten ist. Nach Erkenntnissen der US-Drogenfahnder kommen 90 Prozent des in den USA konsumierten Kokains über den südlichen Nachbarn ins Land. Der Konflikt zwischen dem Organisierten Verbrechen und dem mexikanischen Staat hat eine neue Stufe erreicht. Die mächtige Rauschgiftmafia bedroht die Bundesregierung direkt. Präsident Calderón schickte seit Dezember 2006 mehr als zehntausend Soldaten und Bundespolizisten in die besonders von der Rauschgiftkriminalität gebeutelten Bundesstaaten und lieferte 15 führende Drogenbosse in die USA aus. Ob der „Kreuzzug“ gegen die Organisierte Kriminalität auf diese Weise gewonnen werden kann, ist völlig offen. Ein Jahr nach Proklamation der neuen Sicherheitsdoktrin sind

weit über tausend Elitesoldaten desertiert und haben sich den Drogenbossen als Wachleute angeschlossen.

Neben dem Kokainschmuggel spielt in Mexiko der Anbau von Marihuana (Haschisch) und von Mohn (Heroin) traditionell eine große Rolle und findet überall im Lande statt. Durch den Einsatz der Militärs hat sich die Lage für die Bevölkerung verschlechtert. Unter dem Vorwand der Drogenbekämpfung dringen Soldaten vor allem in Siedlungsräume der indigenen Bevölkerung in Guerrero, Oaxaca und Chiapas ein. Sie vernichten nicht nur Mohnaussaat und Marihuanabüsche, sondern brandschatzen, vergewaltigen Frauen, drohen damit, die Menschen zu erschießen. Dort, wo sich Widerstand regt, kommt es regelmäßig zu Einschüchterungen, Gefangennahmen und gezielten Erschießungen von Protestführern. Derartige „Kollateralschäden“ werden von der Regierung in Kauf genommen. In den Fällen, in denen das Militär polizeiliche Aufgaben übernimmt, wird der Beweis erbracht, dass die Polizei versagt hat. Militärpräsenz in Zonen illegalen Holzeinschlags (mit schweren Erosionsfolgen) oder z.B. beim Megastaudammprojekt von La Parota (wo für die Umsiedlung zigtausender Menschen nach wie vor jeder Plan fehlt) hat Protestbewegungen entstehen lassen, die sich gegen staatliche Willkür zur Wehr setzen. Boden- und Flussverunreinigungen durch Soldaten oder infolge rücksichtsloser Industrieproduktionen (v.a. in der Mineralöl- und Textilwirtschaft) führen zu Gesundheitsschäden und haben ebenfalls Massenproteste ausgelöst. Gerichtliche Auseinandersetzungen verliefen teilweise erfolgreich.

Gewalt gegen Frauen

Die Frauenmorde von Ciudad Juárez sind nur ein Symptom für das nationale Phänomen von Frauenhass, Unterdrückung von und Gewalt gegen Frauen sowie Verschwindenlassen und Frauenhandel. Unter diesem Vorbehalt müssen die Verhältnisse in Ciudad Juárez immer wieder thematisiert werden. Seit Jahresanfang 2008 werden dort vier Frauen vermisst. Das Verschwinden der 15jährigen Schülerin Adriana Sarmiento Enriquez, am 18. Januar 2008, nahm AI zum Anlass, um auf die Gesamtproblematik noch einmal ausdrücklich hinzuweisen. An der Südgrenze zu Guatemala finden die rechtsfreien Räume an der Nordgrenze ihre traurige Entsprechung. In dem zentral gelegenen, kleinen Bundesstaat Tlaxcala (u.a. Weltmarktfabriken für Textilindustrie) verschwinden vermehrt junge Frauen – entweder spurlos, oder sie finden sich gelegentlich auf dem internationalen Markt der Prostitution wieder.

Neben häuslicher Gewalt gegen Frauen sind v.a. Soldaten und Polizisten an diesen Gewalttaten beteiligt. Amnesty International hat zahlreiche Fälle dokumentiert, in denen Frauen, vornehmlich Angehörige indigener Gemeinden, von Soldaten vergewaltigt worden sind. In den meisten Fällen leiteten die Militärbehörden die Ermittlungen und den Tätern wurde Straffreiheit zugesichert.

Als ein besonders schwerwiegendes Ereignis von Polizeiübergriffen galt die Operation in der Ortschaft San Salvador Atenco (nahe Mexiko-Stadt), wo im Zuge der Niederschlagung eines Protestes von BlumenverkäuferInnen am 3. und 4. Mai 2006 47 Frauen festgenommen und in das Gefängnis von Toluca gebracht wurden. 26 der Frauen gaben gegenüber der staatlichen Menschenrechtskommission an, während des zweistündigen Transports von Polizeibeamten sexuell missbraucht oder vergewaltigt worden zu sein. Zwei Jahre danach wird nach wie vor nur gegen sechs Polizisten wegen geringfügiger Vergehen ermittelt. Keiner von ihnen wurde des Delikts der Folter angeklagt, das die Schwere der begangenen Rechtsverletzungen

widerspiegelt. Magdalena García Durán gehört zu jenen Frauen, die ohne Anklage 18 Monate in Haft gehalten und erst aufgrund massiven internationalen Drucks und einer AI-Postkartenaktion am 9. November 2007 wieder freigelassen wurde. Rehabilitiert wurde keine der Frauen (vgl. die Internet-Aktion <http://www.alzatuvoz.org> u.a. in deutscher Übersetzung).

Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte - Landkonflikte

In dem Maße, indem indigene Völker (v.a. in den südlichen Bundesstaaten) Böden bewirtschaften, unter denen Bodenschätze geortet wurden, wo natürliche Ressourcen wie Wasser und Tropenholz in reicher Menge vorhanden sind, oder wo rücksichtslos neue Verkehrswege trassiert werden, kommt es vermehrt zu Konflikten mit nationalen Kaziken, die mit internationalen Wirtschaftsunternehmen Geschäfte tätigen wollen.

Die durch eine Verfassungsänderung praktisch abgeschaffte Form der gemeinsamen Bodenbewirtschaftung (*Ejido-System*) hat zu einer Fülle von Landkonflikten geführt, da Privatinvestoren indigenen Bauern ihre Titel streitig machen. Vertreibungen sind die Folge.

Über ein Jahr lang wurde Diego Arcos Meneses in Chiapas unter falschen Anschuldigungen gefangen gehalten und gefoltert. Am 4. Dezember 2007 kam er nach einer weltweiten Solidaritätskampagne wieder frei, ohne bis heute rehabilitiert worden zu sein. An der Kampagne war neben AI u.a. die Chiapas-AG der Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko mit einer großen Postkartenaktion maßgeblich beteiligt.

Am 1. Februar 2008 wurden in der Nähe des Tourismuszentrums Agua Azul unweit von Palenque (Chiapas) Eliseo Silvano Jiménez und sein Sohn Eliseo Silvano Espinosa verhaftet und stundenlang gefoltert. Hinter dem Anschlag steckten nachweislich Angehörige der paramilitärischen Organisation OPDDIC. Ihre Zusammenarbeit mit der lokalen Polizei garantiert ihnen Straffreiheit hinsichtlich dieser Aktivitäten.

Am 11. Februar 2008 wurde Lorenzo Fernández, ein Mitglied der Indigena-Organisation OPIM vom Volk der Me'Phaa in Ayutla (nahe Acapulco) erschossen, nachdem er und andere Mitglieder der Organisation im Vorfeld vom Militär bedroht wurden. Schon vor über einem Jahr hatten Me'Phaa-Angehörige in Ayutla berichtet, dass die Militärs in ihre Dörfer kämen und ihnen drohten, sie alle umzubringen.

Menschenrechtsverteidiger und Journalisten bedroht

Menschenrechtszentren vor Ort sind bemüht, den Betroffenen beizustehen und sie auf ihre Rechte hinzuweisen. Aufklärungsarbeit im Fall von Folter und Morddrohungen seitens staatlicher Agenten hat in vielen Fällen die Freilassung zu Unrecht einsitzender Gefangener und zumindest teilweise die Bestrafung der Täter bewirkt.

Für ihren Einsatz sind Menschenrechtsverteidiger gelegentlich extremer Gefahren ausgesetzt. Sie werden an ihren Recherchen gehindert und erhalten häufig Morddrohungen.

Journalisten, die sich mit den Menschenrechtsverletzungen beschäftigen oder über Korruption und Organisierte Kriminalität berichten, zählen ebenfalls zu einer besonders gefährdeten Berufsgruppe.

Seit Anfang 2007 hat Amnesty International in Eilaktionen wiederholt zum Schutz mexikanischer Journalisten aufgerufen. Im Zuge der anhaltend gespannten Lage im Bundesstaat Oaxaca wurden im Juni und im August 2007 zwei Journalisten angeschossen; ihre Kollegen und Familien erhielten Morddrohungen. Im April 2007 war ein Journalist in Acapulco erschossen und ein weiterer Kollege bedroht worden. Untersucht wird noch immer der Fall der Journalisten Lydia Cacho, deren Fahrzeug in Mexiko-Stadt im Mai 2007 manipuliert worden war mit dem Ziel, einen tödlichen Verkehrsunfall herbeizuführen.

Amnesty International fordert

- dass die Frauenmorde untersucht und aufgeklärt werden und dafür gesorgt wird, dass die Opfer und ihre Angehörigen keinen Herabwürdigungen oder sexuellen Diskriminierungen ausgeliefert sind;
- dass garantiert wird, dass Menschenrechtsverteidiger/innen ihre Arbeit ohne Beschränkung oder Angst vor Repressalien durchführen können;
- dass allen Berichten über Folter und extralegale Hinrichtungen durch Mitglieder der Sicherheitskräfte wirkungsvolle und unabhängige Untersuchungen folgen;
- dass Berichten von Morden, Drohungen, Einschüchterungsversuchen und Angriffen gegen Menschenrechtsaktivisten/innen zügig und sorgfältig nachgegangen wird;
- dass ein Mechanismus zur friedlichen Beilegung der Landkonflikte geschaffen wird und bis zu seiner Einsetzung ein Moratorium für Zwangsräumungen erlassen wird;
- dass keine exzessive Gewaltanwendung bei Zwangsräumungen stattfindet und die Polizei eine entsprechende Fortbildung erhält.